

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **26.05.2011** in der Mensa der Realschule Burgdorf, Vor dem Celler Tor 91

16.WP/SchKuSpo/021

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Meinig, Birgit

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Gärtner, Bodo - ab 16.32 Uhr -
Gersemann, Christiane
Hunze, Carl
Obst, Wolfgang
Rück, Stefanie
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich - Vertreter für Frau Gabriele Heldt -

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael - Vertreter für Herrn Dr. Zielonka -, ab 16.32 Uhr

Elternvertreter

Walter, Jutta

stellv. Lehrervertreter

Wyrwoll, Lars

Beratendes Mitglied für den Bereich Sport

Runge, Alfred - bis 17.35 Uhr -

Gast/Gäste

Dittmann, Uwe - GHS I -
Lütjen, Karin - Realschule -
Sebens, Christian - BBS Burgdorf-Lehrte -
Wartjenstedt, Helga - BBS Burgdorf-Lehrte -

Verwaltung

Barm, Henry
Beneke, Ernst-August
Heuer, Stefan
Strecker, Dagobert

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Wahl eines /einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.02.2011
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Anfragen lt. Geschäftsordnung
6. Aussprache über die Besichtigung

Kultur- und Sportangelegenheiten

7. Straßenbenennungen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-9 "Östlich Beerbuschweg"
Vorlage: 2010 0787/1

Schulangelegenheiten

8. Kooperation mit den Allgemeinbildenden Schulen, der Berufsschule sowie der Region Hannover; hier: "Neustädter Modell" oder "Wolfenbütteler Modell".
-Antrag der Gruppe Fleischmann/Dr. Zielonka im Rat der Stadt Burgdorf vom 11.04.2011-
Vorlage: 2011 0918
9. Sachstandsbericht zur Einführung Offener Ganztagschulen
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Meinig eröffnete die Sitzung, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste und bedankte sich bei **Frau Lütjen** für die Durchführung der Sitzung in der Realschule. Die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit wurde von **Frau Meinig** festgestellt.

2. Wahl eines /einer stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Herr Obst schlug **Herrn Gärtner** als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor. Weitere Wahlvorschläge gab es nicht. Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport wählte **einstimmig Herrn Gärtner** zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. **Herr Gärtner** nahm die Wahl an.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.02.2011

Die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.02.2011 wurde bei **zwei Enthaltungen einstimmig** beschlossen.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

- a. An der Waldschule Ramlingen-Ehlershausen fand vom 19.01. bis 21.01.2011 eine Schulinspektion statt, so **Herr Strecker**. An der Grund- und Hauptschule I wurde eine Nachinspektion vom 18.01. bis 20.01.2011 durchgeführt. Die Schlussberichte der Inspektionen liegen der Verwaltung vor.
- b. **Herr Strecker** informierte über die diesjährige Sportlerehrung am 09.06.2011 auf dem Vereinsgelände des SV Sorgensen.
- c. **Herr Strecker** berichtete, dass sich der Kultur- und Förderkreis Ramlingen-Ehlershausen aufgelöst und sich bei der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bedankt habe.
- d. Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stehen den Betreffenden Mittel für die Schularbeitenhilfe zur Verfügung, so **Herr Strecker**. Der Kinderschutzbund und die Paulusgemeinde verwenden bislang erhebliche Eigenmittel für die Hausaufgabenhilfe. Der städtische Zuschuss soll trotz des Bildungs- und Teilhabepakets weiterhin an die Träger in unveränderter Höhe ausgezahlt werden. Für den Haushalt 2012 werde die gleiche Summe angemeldet, jedoch sollte über die zukünftige Verfahrensweise zeitnah diskutiert werden.
- e. **Herr Strecker** informierte, dass für die nächste Ausschusssitzung eine Vorlage hinsichtlich der Anzahl der Vertreter in der Mitgliederversammlung der Volkshochschule erstellt werde. Die Anzahl der Vertreter soll sich von 23 auf 18 reduzieren.

5. Anfragen lt. Geschäftsordnung

K E I N E

6. Aussprache über die Besichtigung

Frau Meinig stellte fest, dass die bisherige Umsetzung des Farbkonzeptes beeindruckend sei. Sie bedankte sich bei den Mitwirkenden. **Herr Obst** sieht die ersten Schritte bei der Umsetzung des Farbkonzeptes als getan. Die Farben beleben die Schule. **Frau Gersemann** erfragte die weiteren Bauabschnitte. Als nächstes solle der Eingangsbereich des Neubaus sowie der Flur und die Vorhalle des Altbaus bis zu den Sommerferien gestrichen werden, so **Frau Lütjen**. **Herr Braun** stellte fest, dass die Realisierung des Farbkonzeptes ohne zusätzliche städtische Mittel erfolgt sei. Jedoch werden für die Vollendung weitere Sponsoren benötigt.

Kultur- und Sportangelegenheiten

7. Straßenbenennungen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-9 "Östlich Beerbuschweg" Vorlage: 2010 0787/1

Frau Meinig stellte einleitend den bisherigen Diskussionsstand und den Kompromiss der interfraktionellen Arbeitsgruppe dar.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport empfiehlt **einstimmig bei einer Enthaltung**:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die Planstraßen des Bebauungsplanes Nr. 8-9 "Östlich Beerbuschweg" wie folgt zu benennen:

Planstraße A	"Holunderstraße"
Planstraße B	"Pappelstraße"
Planstraße C	"Ulmenweg"
Planstraße D	"Weidenstraße"

Schulangelegenheiten

8. Kooperation mit den Allgemeinbildenden Schulen, der Berufsschule sowie der Region Hannover; hier: "Neustädter Modell" oder "Wolfenbütteler Modell". -Antrag der Gruppe Fleischmann/Dr. Zielonka im Rat der Stadt Burgdorf vom 11.04.2011- Vorlage: 2011 0918

Herr Fleischmann erläuterte zunächst ausführlich die Zielstellung des Antrages. Es sei der Wunsch, die beruflichen Perspektiven für Burgdorfer Schüler an der Haupt- und an der Realschule deutlich zu verbessern.

Frau Gersemann begrüßte den Antrag. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass jedoch die Entscheidung über die Berufswahl vorverlegt werde und die anschließenden Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt seien. Des Weiteren müsse auch der hohe organisatorische Aufwand an der BBS berücksichtigt werden.

Frau Wartjenstedt (BBS) wies zunächst darauf hin, dass das Neustädter Modell nicht explizit im Erlass zur Arbeit an der Haupt- bzw. Realschule des Kultusministeriums aufgeführt sei. Dort seien andere Maßnahmen benannt, zumal nach dem Neustädter Modell die Schüler jeweils an zwei Tagen in der Woche an der BBS seien. **Herr Sebens** (BBS) ergänzte, dass es generell ein Interesse an einer Zusammenarbeit gebe. Durch den Umzug der BBS Lehrte und den Neubau reichen die räumlichen Ressourcen vor Ort jedoch selbst für die eigenen Schüler gerade aus. Auch die Anzahl der Werkstätten werde sich zukünftig verringern, so **Frau Wartjenstedt**. Jedoch werde bereits mit den Allgemeinbildenden Schulen zusammengearbeitet. So treffen sich die Schulleitungen regelmäßig. **Herr Sebens** wies darauf hin, dass die Entwicklung der Schülerzahlen beobachtet werden müsse. Eventuell könne eine Zusammenarbeit für das Schuljahr 2012/13 möglich sein.

Herr Fleischmann räumte ein, dass die Berufswahlmöglichkeiten mit den Modellen eingeschränkter seien. Die Praxisphase könne jedoch angerechnet werden. Außerdem erhalten die Schüler eine berufliche Zukunft. Die Einführung eines Modells sollte perspektivisch betrachtet werden.

Herr Obst hält eine Grundsatzdiskussion für verfrüht. Die Gespräche zwischen den Schulen und der Verwaltung sollten abgewartet werden. **Frau Gersemann** erwiderte, dass es nicht um eine Grundsatzdiskussion gehe. Vielmehr gebe sie Anregungen für die Gespräche. Es sei zu berücksichtigen, dass bei jeweils zwei praktischen Tagen an der BBS die Erlernung des Unterrichtsstoffes für die Abschlussarbeiten schwierig sei.

Herr Schrader hält eine pragmatische Herangehensweise für sinnvoll. Die bestehenden Kooperationen sollten im Sinne des Antrages ausgebaut werden.

Herr Strecker stellte fest, dass sich der Ausschuss über die Zielrichtung einig sei. Die Verwaltung werde mit den Schulen nach den Sommerferien Gespräche aufnehmen, um die Möglichkeiten auszuloten.

Herr Dittmann erläuterte den Praktikumsablauf an der Hauptschule. Für wünschenswert hält **Herr Dittmann** den Ausbau der Kooperation mit der BBS. Diese Zielstellung hätten jedoch auch andere Hauptschulen im Einzugsgebiet. Sinnvoll sei ein Treffen der Schulleitungen unter Einbeziehung des Schulträgers. Es sollte bei einer Umsetzung nicht auf das Neustädter Modell hinauslaufen, da dort der Stundenanteil in der BBS zu Lasten des Unterrichtsstoffes in der Schule gehe. **Frau Lütjen** hält den Praxisanteil in der BBS beim Neustädter Modell ebenfalls für zu hoch.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport empfiehlt **einstimmig**, dass die Verwaltung mit der Realschule, der Hauptschule und der Berufsbildenden Schule Burgdorf Gespräche über eine zukünftige enge Kooperation aufnimmt.

9. Sachstandsbericht zur Einführung Offener Ganztagschulen

Herr Strecker informierte über die seit dem 23.04.2011 vorliegenden Genehmigungen für den Ganztagsbetrieb an den Grundschulen. Weiterhin informierte **Herr Strecker** über ein gemeinsames Gespräch der Schulen mit möglichen Kursanbietern am 19.05.2011. Ziel sei es, eine Konkurrenzsituation unter den Schulen zu vermeiden und eine stetige Rotation der Kursanbieter anzustreben. An der Grund- und Hauptschule I soll mit dem Kinderschutzbund eine Trägervereinbarung über die Organisation und Durchführung des Offenen Ganztagsbetriebes geschlossen werden. Für die Stellenbesetzung „Sozialarbeit“ fanden Mitte April sowie nochmals Mitte Mai Vorstellungsgespräche statt. Für alle Schulen konnte die Sozialarbeiterstelle besetzt werden. Die Qualität der Bewerbungen sei sehr hoch gewesen. Erste Baumaßnahmen wurden bereits in den Schulen durchgeführt. Jedoch gestalte sich der Einbau der Fettabscheider problematisch. Gegenwärtig kann noch von einer rechtzeitigen Fertigstellung ausgegangen werden. Die Auswahl des Caterers steht kurz vor dem Abschluss. Aufgrund der Anforderungen seien zwei Caterer von der Abgabe eines Angebotes zurückgetreten, so **Herr Strecker**.

Hinsichtlich der Vertragsgestaltung für die Betreuungskräfte führte **Herr Strecker** aus, dass das Land zwei Vertragsarten vorsehe. Den freien Dienstleistungsvertrag sowie einen Vertrag für die Betreuung bzw. Aufsicht. Die Landesschulbehörde habe bestätigt, dass die Verträge von den Schulen geschlossen werden. Sofern der Schulträger finanzielle Mittel bereitstellt, seien diese als Spende an das Land zu überweisen.

Herr Beneke informierte über die Nutzungseinschränkung der Sporthallen für Vereine. Bei Einführung der OGS stehen die Hallen uneingeschränkt den Schulen

zur Nutzung zur Verfügung und erst ab 15.30 Uhr den Vereinen. Die Nutzung der BBS-Halle kann durch Eigenbedarf entfallen und zu Engpässen bei den Trainingszeiten führen. **Herr Runge** sieht die grundsätzliche Bereitschaft bei den Vereinen für Angebotsdurchführung, jedoch sei die Zeit bis 15.30 Uhr für Berufstätige problematisch. **Herr Dittmann** berichtete, dass an der GHS I eine parallele Nutzung OGS und Sportvereine angestrebt werde.

Herr Braun hält die Qualität des Essens für wichtig und erfragte, um was für ein Essen es sich handelt und ob eine dezentrale Lösung angestrebt werde. **Herr Barm** führte aus, dass der Caterer warmes Essen anliefert und dieses in den Küchen ausgegeben werde. Hinsichtlich der Qualität wurden Kriterien in Abstimmung mit den Schulen ausgearbeitet, die eine möglichst hohe Qualität sicherstellen sollen. Bei der Auswahl des Caterers war eine zentrale wie dezentrale Lösung möglich. Aufgrund des Verfahrens komme jedoch nur noch ein Caterer für alle Schulen in Betracht.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Gersemann erfragte, ob das Thema Inklusion den Ausschuss beschäftigen werde und ob bereits ein Konzept entwickelt wurde. **Herr Strecker** berichtete, dass seitens des Landes gegenwärtig keine konkreten Vorgaben und eine Richtlinie erst Ende des Jahres vorliegen soll. Eine Umsetzung der Richtlinien könne erst mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgen, da finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssten sowie ein Vorlauf für Baumaßnahmen notwendig sei.

Einwohnerfragestunde

Frau Gebbe bedankte sich für die Unterstützung bei der Umsetzung des Farbkonzeptes an der Realschule.

Herr Fröhlich erfragte, ob der Hort „Villa Mercedes“ weitergeführt werde. **Herr Beneke** führte aus, dass die Horte bestehen bleiben. Sollte sich zukünftig zeigen, dass ein geringerer Bedarf bestehe, sollte dann eine Konzentration auf den Hort der Kita „Weststadt“ erfolgen.

Frau Kuchenbecker-Rose informierte, dass die Thematik Inklusion auf Schulleiterebene besprochen werde.

Frau Gebbe erfragte, wer die Verträge mit den pädagogischen Mitarbeitern der Schule für die OGS schließe. Diese haben bereits einen Arbeitsvertrag mit dem Land Niedersachsen, dürfen aber keinen weiteren Arbeitsvertrag mit dem Land eingehen. **Herr Strecker** antwortete, dass die Schulen die Verträge schließen. **Frau Gebbe** hält es für erforderlich, dass die Stadt als Vertragspartner einspringe. Die Einbindung der pädagogischen Mitarbeiter in die OGS sei sinnvoll. **Herr Strecker** verdeutlichte nochmals, dass die vertragliche Zuständigkeit bei den Schulen liege. Jedoch werde er dies mit der Landesschulbehörde besprechen. **Frau Kuchenbecker-Rose** verdeutlichte die nicht vorliegenden Kenntnisse im Personalrecht bei den Schulleitungen und die notwendige rechtliche Unterstützung.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführer

